

Hinweise für Verteilernetzbetreiber zur Anpassung der Erlösobergrenze für das Kalenderjahr 2017

Die Anpassung der Erlösobergrenze gemäß § 4 Abs. 3 ARegV erfolgt durch den Netzbetreiber. Dieser ist verpflichtet nach § 17 Abs. 2 ARegV bei einer Anpassung der Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 3 ARegV die Netzentgelte anzupassen, soweit sich daraus eine Absenkung der Netzentgelte ergibt. Im Übrigen ist der Netzbetreiber zur Anpassung der Netzentgelte berechtigt.

Die Beschlusskammer 8 stellt zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Datenübermittlung Erhebungsbögen zur Verfügung, mit denen unter anderem die Anpassung der Erlösobergrenze berechnet und mitgeteilt wird (Erhebungsbogen gemäß § 28 Nr. 1 ARegV). Ferner sind auch die Anpassungen der Netzentgelte (Erhebungsbogen gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV) anzuzeigen.

Die Beschlusskammer 8 veröffentlicht hiermit nachfolgende Hinweise zur Anpassung der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 ARegV sowie zur Anpassung der Netzentgelte nach § 17 Abs. 2 ARegV.

Inhalt

1. Entgeltkalkulation zum 1.1.2017
2. Zeitlicher Ablaufplan zur Kaskadierung
3. § 19 StromNEV-Umlage
4. Genereller sektoraler Produktivitätsfaktor
5. § 4 Abs. 3 Ziff. 1 ARegV – Verbraucherpreisgesamtindex (VPI)
6. § 4 Abs. 3 Ziff. 2 ARegV – nicht beeinflussbare Kostenanteile (KA_{dnb})
7. § 4 Abs. 4 Ziff. 1 ARegV – Erweiterungsfaktor (§10 ARegV)
8. Verlustenergie
9. Qualitätselement
10. Forschung und Entwicklung
11. Regulierungskonto
12. Netzübergänge
13. Kalkulation vermiedener Netzentgelte in bestimmten Sondersituationen
14. Entgeltbildung

1. Entgeltkalkulation zum 1.1.2017

Die Netzbetreiber haben gemäß § 20 Abs. 1 EnWG zum 15. Oktober eines Jahres (vorläufige) Netzentgelte zu veröffentlichen. Bei der Kalkulation und Veröffentlichung der (vorläufigen) Netzentgelte zum 15. Oktober ist seitens der Netzbetreiber anzustreben, dass die am 15. Oktober veröffentlichten Entgelte auch Bestand zum 1. Januar des Folgejahres haben.

Die Kenntnis der Entgelte für das nächste Kalenderjahr stellt u.a. für Händler und Lieferanten die Grundlage ihrer Kalkulation dar. Daher haben Netzbetreiber gem. § 6a Abs. 2 EnWG sicherzustellen, dass die Information der Netznutzer in nicht diskriminierender Weise erfolgt und gegenüber anderen Teilen des Energieversorgungsunternehmens nicht vorzeitig erfolgt.

Nach § 28 Nr. 4 ARegV haben die Netzbetreiber der Regulierungsbehörde jährlich zum 1. Januar die Anpassung der Netzentgelte auf Grund von geänderten Erlösobergrenzen mitzuteilen. Grundsätzlich haben die Netzbetreiber hierbei die festgelegte und nach § 4 Abs. 2 ARegV angepasste kalenderjährliche Erlösobergrenze der zweiten Regulierungsperiode zugrunde zu legen.

Bei unwesentlichen Abweichungen der sich für das Jahr 2017 ergebenden Erlösobergrenzen von den bei der Entgeltbildung zum 15.10.2016 zugrunde gelegten Erlösobergrenzen, wird die Beschlusskammer keine Entgeltkorrektur verlangen. Der Differenzbetrag wird auf dem Regulierungskonto ausgewiesen werden. Zum 1.1.2017 hat gemäß § 17 ARegV eine Verprobung der endgültig angepassten kalenderjährlichen Erlösobergrenze des Jahres 2017 stattzufinden; die ermittelten Entgelte sind zu veröffentlichen und der Fakturierung im Jahr 2017 zu Grunde zu legen.

Die Beschlusskammer will eine Benachteiligungen der Netzbetreiber durch Verfahrensverzögerungen möglichst vermeiden. Die Beschlusskammer wird nicht von einer freiwilligen Unterschreitungen der Erlösobergrenze ausgehen, sofern die Erlösobergrenze in sachgerechter Weise ermittelt wurde und gleichwohl im Nachhinein niedriger liegt, als die zu einem späteren Zeitpunkt tatsächlich festgestellte Erlösobergrenze.

2. Zeitlicher Ablaufplan zur Kaskadierung

Auch wenn § 20 Abs. 1 EnWG („15. Oktober“) nicht unbedingt in die zeitlichen Abläufe zur Festsetzung der Erlösobergrenzen passt, kann sich unter Einhaltung einer gemeinsamen Fristenkette eine Kaskadierung der Netzentgelte einstellen. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, dass die staatlich induzierten Preisbestandteile rechtzeitig bekannt sind und der Prozess zur Bestimmung der Netzentgelte für das Jahr 2017 in einer zeitlich gestaffelten Informationskaskade der Netzbetreiber verläuft, die folgenden Ablauf haben sollte:

a. 01.10. Veröffentlichung der Netzentgelte der Übertragungsnetzbetreiber

Die Übertragungsnetzbetreiber passen ihre Erlösobergrenzen in Abstimmung mit der zuständigen Beschlusskammer der Bundesnetzagentur an und ermitteln anschließend ihre Netzentgelte, die zu veröffentlichen sind.

b. 05.10. - 15.10. Sukzessive Veröffentlichung der Netzentgelte der VNB

In der weiteren Kaskadierung sollten dann ab dem 02.10. die den ÜNB jeweils nachgelagerten Weiterverteiler und darauf dann die anderen Weiterverteiler mit jeweils 2 – 3 Tagen zeitlichem Abstand die Kalkulation ihrer Netzentgelte durchführen und veröffentlichen. Die vorgelagerten Netzbetreiber sind gehalten, die Kaskade nach § 17 Abs. 3 S. 2 ARegV einzuhalten.

c. Umlagen

Die Höhe der Umlagen für 2017 wird von den Übertragungsnetzbetreibern auf der Internetseite www.netztransparenz.de veröffentlicht.

3. § 19 StromNEV-Umlage

Bei der Kalkulation der Netzentgelte dürfen die entgangenen Erlöse aus § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV (exklusive unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen (z. B. Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpen)) keinerlei Berücksichtigung finden. Dies bedeutet, dass die Netzentgeltkalkulation so zu erfolgen hat, als ob es die Regelung gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV nicht gäbe. Dementsprechend sind die genannten Sonderkunden gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV in der Netzentgeltkalkulation und Verprobung wie "normale" (nicht rabattierte) Kunden zu

behandeln, so dass 100% der ungeminderten Erlöse und Mengen anzusetzen sind. Eine Erhöhung der allgemeinen Netzentgelte um die o.g. entgangenen Erlöse erfolgt somit nicht. Die o.g. entgangenen Erlöse werden gemäß §19 Abs. 2 Satz 6 StromNEV von den Übertragungsnetzbetreibern ausgeglichen.

In dem Erhebungsbogen gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV für das Jahr 2017 sind im Tabellenblatt "C2. §19 (2) StromNEV - Erlöse" die prognostizierten entgangenen Erlöse aus Vereinbarungen gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 und Satz 2 StromNEV einzutragen, so wie sie zum 15. Oktober an die Übertragungsnetzbetreiber gemeldet wurden. Die Meldung der relevanten entgangenen Erlöse gemäß § 19 Abs. 3 StromNEV die im Zusammenhang mit der Entgeltrabattierung nach § 19 Abs. 2 StromNEV stehen hat, wie schon in der Meldung für das Jahr 2016, unter „entgangene Erlöse gemäß § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV“ zu erfolgen.

4. Genereller sektoraler Produktivitätsfaktor

Der generelle sektorale Produktivitätsfaktor ist für das Jahr 2017 mit $((1+0,015)^4-1)$ anzusetzen.

5. § 4 Abs. 3 Ziff. 1 ARegV – Verbraucherpreisgesamtindex (VPI)

Der Verbraucherpreisgesamtindex ergibt sich aus den Vorgaben des § 8 ARegV. Der Wert VPI_t in der Formel aus Anlage 1 ARegV ist für die Erlösobergrenze 2017 entsprechend mit dem veröffentlichten Wert des Statistischen Bundesamtes des Jahres 2015 anzusetzen und beträgt 106,9. Der Wert des Basisjahres (VPI_0) in der Formel aus Anlage 1 ARegV ist mit dem veröffentlichten Wert des Statistischen Bundesamtes des Jahres 2011 anzusetzen. Der Wert für das Jahr 2011 beträgt 102,1. Die Werte können unter nachstehendem Link abgerufen werden:

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Preise/Verbraucherpreisindizes/Tabellen/_VerbraucherpreiseKategorien.html?cms_gtp=145110_slot%253D2&https=1

6. § 4 Abs. 3 Ziff. 2 ARegV – nicht beeinflussbare Kostenanteile (KAdnb)

- a) Für die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 bis 3, 6a bis 7, 9 bis 13 und S. 2 ist auf die jeweils im vorletzten Kalenderjahr entstandenen Kosten abzustellen. Insoweit sind für die Anpassung der Erlösobergrenze im Kalenderjahr 2017, die Ist-Kosten des Jahres 2015, anzusetzen. Bei Kostenanteilen nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 bis 6 und 8 ist auf das Kalenderjahr abzustellen, auf das die Erlösobergrenze Anwendung finden soll. Danach sind die Plan-Kosten des Kalenderjahres 2017 anzusetzen.
- b) Die kalkulatorische Gewerbesteuer ist kein Bestandteil der Betriebssteuern nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 3 ARegV.
- c) Grundsätzlich geht die Beschlusskammer davon aus, dass sich die Kosten und Erlöse aus den gesetzlichen Abnahme- und Vergütungspflichten nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) ausgleichen. Gleiches gilt für Kosten und Erlöse aus der Konzessionsabgabe (KA) sowie Kosten und Erstattungen nach § 22 der Systemstabilitätsverordnung.
- d) Für dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 4 bis 6 und 8 ARegV ist bezüglich des Kostenansatzes auf das Kalenderjahr abzustellen, auf das die Erlösobergrenze Anwendung finden soll – es erfolgt also ein Plankostenansatz für das Kalenderjahr 2017.

Für die Positionen Ziff. 4 und 8 gilt:

- Mengenansatz: Vorliegende Ist-Mengen können aufgrund gesicherter Erkenntnisse ergänzt werden, wobei die entsprechenden Anpassungen in den Mitteilungspflichten nach § 28 Ziff. 1 ARegV im Tabellenblatt „Erläuterungen“ zu begründen sind.
- Preisansatz: Bezüglich der Preiskomponente ist der aktuelle Preis des vorgelagerten Netzbetreibers bzw. der vorgelagerten Spannungsebene zum 1.1.2017 - entsprechend der Kaskadierung der Netzentgelte - zu verwenden. Schätzungen über die Preise des jeweils vorgelagerten Netzbetreibers sind nicht zulässig, wenn der vorgelagerte Netzbetreiber

seine Netzentgelte nicht rechtzeitig bereitstellt; in solchen Fällen ist für das Folgejahr grundsätzlich von den bisherigen Entgelten auszugehen.

- e) Soweit Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV (§ 11 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 6 ARegV) beantragt wurden, sind für das Jahr 2017 die entsprechenden Plankosten anzusetzen.
- f) Sofern ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen Beschlusskammer 8 und Netzbetreiber geschlossen wurde, sind die daraus resultierenden Ansätze bei der Entgeltbildung 2017 zu berücksichtigen.
- g) Sofern für 2017 im Einzelfall relevant: Die im Rahmen der Mehrerlösabschöpfung vereinbarte Annuität ist in der Erlösobergrenze zu berücksichtigen. Im Berechnungstool „EHB_§28_Nr.1_ARegV_Strom“ sind hierzu im Tabellenblatt „C. Erlösobergrenze“ entsprechende Eingabefelder in der Zeile 92 für die Mehrerlösabschöpfung vorgesehen. Die Annuität 2017 ist als negativer Betrag in diesem Tabellenblatt einzutragen.

7. § 4 Abs. 4 Ziff. 1 ARegV – Erweiterungsfaktor (§10 ARegV)

Soweit ein Erweiterungsfaktor gemäß § 10 ARegV beantragt und eine Anpassung der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 4 Ziff. 1 ARegV genehmigt wurde, ist diese in entsprechender Höhe in der Erlösobergrenze zu berücksichtigen. Im Berechnungstool sind hierzu im Tabellenblatt „C1. Sonstiges“ entsprechende Eingabefelder für die genehmigten Jahreswerte vorgesehen, aus denen sich dann ein rechnerischer Faktor (Erweiterungsfaktor der EO_t -Formel) für die Berechnung der Erlösobergrenze im Tabellenblatt „C. Erlösobergrenze“ ergibt. Sofern noch keine Bescheidung des gestellten Erweiterungsfaktorantrages erfolgt ist, ist der Antragswert bzw. der Wert der Anhörung anzusetzen. Zur Ermittlung der Flächendaten hat die Beschlusskammer 8 am 01.10 2014 Hinweise auf der Homepage der Bundesnetzagentur veröffentlicht:

www.bundesnetzagentur.de/FlaechendatenErweiterungsfaktor

8. Verlustenergie

Netzbetreiber passen die Erlösobergrenze entsprechend der Festlegung zu volatilen Kostenanteilen (BK8-12/011-018) um die Differenz aus den Verlustenergiekosten des Ausgangsniveaus (des Basisjahres 2011) und den für das Jahr 2017 ansatzfähigen Kosten an. Die ansatzfähigen Kosten ergeben sich aus der der Festlegung zur Erlösobergrenze zu Grunde liegenden Verlustenergiemenge, die unter Berücksichtigung von Effizienzgesichtspunkten auf Basis der Ist-Mengen des maßgeblichen Basisjahres 2011 ermittelt wurde, multipliziert mit dem Referenzpreis 2017 in Höhe von 28,15 Euro/MWh. Netzbetreiber, die für die zweite Regulierungsperiode eine freiwillige Selbstverpflichtung abgeschlossen haben, passen die Erlösobergrenze entsprechend den Regelungen der freiwilligen Selbstverpflichtung an.

9. Qualitätselement

Das OLG Düsseldorf hat am 17.02.2016 mehrere Entscheidungen zum Qualitätselement 2012 - 2013 getroffen und in der mündlichen Verhandlung vom 08.06.2016 rechtliche Hinweise zum Qualitätselement 2014 - 2016 gegeben. Das Qualitätselement 2017 - 2018 ist zu Beginn des Jahres 2017 neu zu bestimmen. Die Beschlusskammer 8 will die ergangene Rechtsprechung für die Neufestlegung entsprechend berücksichtigen, allerdings ist eine Bestimmung der individuellen Boni/Mali für die einzelnen Netzbetreiber bis zum 15.10. vor diesem Hintergrund nicht mehr möglich. Die Verteilernetzbetreiber haben deshalb für den 15.10. den Bonus/Malus des Vorjahres anzusetzen. Über das weitere Vorgehen werden wir rechtzeitig informieren.

10. Forschungs- und Entwicklungskosten (§ 25a ARegV)

Sofern noch keine Bescheidung des gestellten Antrags erfolgt ist, ist der Antragswert bzw. der Wert der Anhörung anzusetzen. Die Bundesnetzagentur hat auf Ihrer

Homepage „Hinweise für Netzbetreiber zur regulatorischen Umsetzung des § 25a ARegV - Forschungs- und Entwicklungskosten“ veröffentlicht.¹

11. Regulierungskonto

Die Höhe der aus dem Regulierungskonto zu berücksichtigenden Zu- oder Abschläge wurde mit Festlegung der Erlösobergrenzen bestimmt.

12. Netzübergänge

Sofern sich die Erlösobergrenze des Jahres 2017 aufgrund von Netzübergängen verändert, sind bei der Bestimmung der Erlösobergrenze des Jahres 2017 für die Zwecke der Verprobung zum 15.10.2016 auch die sich hieraus voraussichtlich ergebenden Anpassungen einzubeziehen. Sollte diesbezüglich noch keine Einschätzung der zuständigen Regulierungsbehörde (bspw. in Form einer Anhörung) vorliegen, kann auf die beantragten Werte bzw. – sofern noch kein Antrag gestellt wurde – auf die antizipierten Werte zurückgegriffen werden.

13. Kalkulation vermiedener Netzentgelte in bestimmten Sondersituationen

Verteilernetzbetreiber nehmen gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 2 i.V.m. § 11 Abs. 2 Nr. 8 ARegV eine Anpassung der Erlösobergrenze aufgrund der Berücksichtigung der vermiedenen Netzentgelte im Sinne von § 18 StromNEV, § 35 Abs. 2 EEG und § 4 Abs. 3 KWKG vor. Bestimmte Sondersituationen dezentraler Einspeisung nach § 18 StromNEV sind einer einheitlichen und sachgerechten Bewertung zuzuführen. Hieran knüpfen sich diverse praktische und rechtliche Fragestellungen. In einigen Fällen wurden auch besondere Missbrauchsverfahren gem. § 31 EnWG vor der Beschlusskammer geführt. Die dort streitigen Rechtsfragen werden in bereits anhängigen Beschwerdeverfahren gerichtlich geklärt. Folgende Sondersituationen sind bei der An-

¹ http://www.bundesnetzagentur.de/cln_1432/DE/Service-Funktionen/Beschlusskammern/Beschlusskammer8/BK8_01_Aktuelles/Hinweise-fuer_Netzbetreiber/BK8_Hinweise_fuer_Netzbetreiber.html?nn=269770

passung der Erlösobergrenze nach der nachfolgend dargelegten Auffassung der Bundesnetzagentur zu beachten:

13.1. Verschiebung der Benutzungsstunden unter 2.500 h/a

In besonderen Ausnahmefällen kommt es durch dezentrale Erzeugungsanlagen zu einer Verschiebung des Bezugs aus der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene unter 2.500 h/a (Benutzungsstunden pro Jahr). Diese Verschiebung der Benutzungsstruktur tritt u.a. bei im Verhältnis zur Netzlast sehr groß dimensionierten dezentralen Erzeugungsanlagen auf. Die Verschiebung der Benutzungsstunden beim vorgelagerten Netz hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass bei der Kalkulation der Entgelte für dezentrale Einspeisung nach § 18 StromNEV keine einheitliche Berechnungsmethode angewandt wurde.

Die künftig einheitlich von den Netzbetreibern anzuwendende Berechnungsmethode für die Entgelte der dezentralen Einspeisung in der ersten beschriebenen Sondersituation erfolgt auf Grundlage der tatsächlichen Vermeidungsleistung und -arbeit. Sowohl für die Leistungs- als auch für die Arbeitswerte kommt der Leistungs- und Arbeitspreis ≥ 2.500 h/a gegenüber der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene zur Anwendung. Diese Berechnungsmethode orientiert sich damit ausschließlich an den physikalischen Größen der tatsächlichen Vermeidungsleistung und -arbeit, die auch für diesen Sonderfall – entsprechend § 18 Abs. 2 S. 2 StromNEV – den Kalkulationsmaßstab bilden. Nur diese Berechnungsmethode gewährleistet einen durchgängigen und einheitlichen Ansatz für die Ermittlung der Entgelte für dezentrale Einspeisung, der immer die physikalischen Parameter zugrunde legt. Gleichzeitig ist die Berechnungsmethode für die dezentralen Einspeiser transparent, da auch die Aufteilung der vermiedenen Netzentgelte sachgerecht nach individueller Vermeidungsarbeit und -leistung zu erfolgen hat (§ 18 Abs. 3 S. 1 StromNEV). Demnach ist folgendes zu beachten:

- Verändert sich durch die dezentrale Einspeisung die Benutzungsstruktur des Netzbetreibers bei der Entnahme aus der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene dahingehend, dass die Entnahme aus der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene unter die Grenze von 2.500 h/a sinkt, so sind die Entgelte für dezentrale Einspeisung folgendermaßen zu ermitteln: Die Kalkulation der Entgelte für dezentrale Einspeisung erfolgt in diesem Sonderfall auf Grundlage der tatsächlichen Vermeidungsleistung

und -arbeit. Diese physikalischen Vermeidungsparameter werden mit dem Preisblatt (Leistungspreis, Arbeitspreis) für eine Jahresbenutzungsdauer ≥ 2.500 h/a gegenüber der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene bewertet.

- Weitere Berechnungsmethoden bei starker dezentraler Einspeisung und Nutzung der vorgelagerten Netzebene unter 2.500 h/a sind nicht zulässig, insbesondere der Ansatz der Netzentgelte der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene mit den Preisen < 2.500 h/a für die tatsächliche Vermeidungsleistung und -arbeit scheidet aus.
- Differenzen laufen ins Regulierungskonto.

Damit wird eine für den Netzbetreiber kostenneutrale Ermittlung der Entgelte für dezentrale Einspeisung vorgegeben.

13.2. Keine Vermeidungssituation in Höchstspannungsnetzen

Einige wenige Verteilernetzbetreiber betreiben lokale Höchstspannungsnetze, in die Erzeugungsanlagen einspeisen. Diese besondere Einspeisesituation wird teilweise von Seite der Verteilernetzbetreiber mit dem Entgelt der Höchstspannungsebene des Übertragungsnetzbetreibers bewertet und es werden dem Anlagenbetreiber die entsprechenden vermiedenen Netzentgelte vergütet.

Gemäß § 18 StromNEV erhalten Betreiber von dezentralen Erzeugungsanlagen vom Betreiber des Elektrizitätsverteilernetzes, in dessen Netz sie einspeisen, ein Entgelt. Dieses Entgelt muss den gegenüber den vorgelagerten Netz- oder Umspannebenen durch die jeweilige Einspeisung vermiedenen Netzentgelten entsprechen. Die Höchstspannungsebene zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass keine vorgelagerte Netz- oder Umspannebene existiert, die jeweilige Einspeisung führt demnach nicht zu vermiedenen Netzentgelten.

Netzbetreiber, die ein Höchstspannungsnetz betreiben, das Elektrizität bis zum Netzverknüpfungspunkt mit dem Verteilernetz transportiert, können für die jeweiligen dezentralen Erzeugungsanlagen, die direkt oder über eine erforderliche Umspannung an dieses Höchstspannungsnetz angeschlossen sind, keine vermiedenen Netzentgelte gegenüber den Netzkunden in Ansatz bringen. Darüber hinaus handelt es sich bei Anlagen, die in das Höchstspannungsnetz direkt oder über eine erforderliche

Umspannung einspeisen, begrifflich nicht um dezentrale Erzeugungsanlagen. Betreiber dieser Erzeugungsanlagen erhalten daher vom Betreiber des Höchstspannungsnetzes, in dessen Netz sie einspeisen, kein Entgelt.

13.3. Maßgeblichkeit der individuellen Vermeidungsleistung

Darüber hinaus werden die Entgelte für dezentrale Einspeisung nach § 18 StromNEV bei einzelnen Netzbetreibern u.a. anhand der individuellen Vermeidungsleistung zum Zeitpunkt der jeweiligen Netz- bzw. Umspannebenhöchstlast bewertet und mit dem Leistungspreis der nächst höheren Netz- oder Umspannebene ≥ 2.500 h/a multipliziert.

Maßstab für die Berechnung der vermiedenen Netzentgelte ist nach § 18 Abs. 2 S. 4 StromNEV die Vermeidungsleistung als Differenz zwischen der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen aus der Netz- oder Umspannebene und der maximalen Bezugslast dieses Jahres aus der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene in Kilowatt. Damit ist zunächst klar, dass in Summe nur so viel vermiedenes Leistungsentgelt an die betreffenden Betreiber von dezentralen Erzeugungsanlagen ausgezahlt werden kann, wie tatsächlich im Zeitbereich eines Kalenderjahres anfällt. Die in § 18 Abs. 2 Satz 4 StromNEV genannten zeitgleichen Jahreshöchstlasten sind somit folglich nicht auf denselben Zeitpunkt im Kalenderjahr zu beziehen, da dies den Definitionen des § 18 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV entgegensteht. Es sind für die Bewertung der tatsächlichen Vermeidungsleistung also in der Regel zwei Zeitpunkte und dementsprechende Vermeidungsleistungen zu betrachten. Die Aufteilung der nach § 18 Abs. 2 StromNEV ermittelten vermiedenen Kosten der jeweils vorgelagerten Netz- oder Umspannebene auf die einzelnen dezentralen Einspeisungen hat nach § 18 Abs. 3 StromNEV jeweils sachgerecht nach individueller Vermeidungsarbeit und Vermeidungsleistung zu erfolgen.

Der Netzkunde trägt lediglich die gegenüber der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene durch die jeweilige Einspeisung vermiedenen Netzentgelte nach § 18 Abs. 2 StromNEV. Vergütungszahlungen nach § 18 Abs. 3 StromNEV an die Einspeiser, die diesen Maximalwert übersteigen, sind im Rahmen der Netzentgeltkalkulation nicht anzusetzen.

13.4. Maßgebliche Netz- oder Umspannungsebene für die Berechnung der Entgelte für dezentrale Einspeisung

Klarstellend weist die Beschlusskammer darauf hin, dass die Beantwortung dieser Frage in Anschlusssituationen bedeutsam ist, bei denen der betroffene Netzbetreiber die gleiche Netz- oder Umspannebene wie der vorgelagerte Netzbetreiber betreibt. In dieser Netz- bzw. Umspannebene sind beide Netze verbunden und gleichzeitig erfolgt die dezentrale Einspeisung in dieser Ebene.

Die vorgelagerte Netz- oder Umspannebene ist netzübergreifend zu verstehen, d.h. sind zwei Netzbetreiber auf der gleichen Netz- oder Umspannebene einander vor- bzw. nachgelagert, so handelt es sich nicht um verschiedene Netzebenen im Sinne von § 18 StromNEV.

Die Ermittlung der Entgelte für dezentrale Einspeisung erfolgt anhand derjenigen Netzentgelte, die für die vorgelagerte Netz- oder Umspannebene oberhalb der tatsächlichen Anschlusssituation entrichtet werden müssen.

13.5. Berücksichtigung von Reservenetzkapazität ²

Die Beschlusskammer weist darauf hin, dass die Ermittlung der Vermeidungsleistung durch die Gegenüberstellung der jeweiligen tatsächlichen Jahreshöchstleistung einer Netz-/Umspannebene mit dem höchsten Bezug aus der vorgelagerten Netz-/Umspannebene erfolgt, d.h. die Vermeidungsleistung nach § 18 Abs. 2 S. 4 StromNEV ist die Differenz zwischen der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen aus der Netz- oder Umspannebene und der maximalen Bezugslast dieses Jahres aus der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene in Kilowatt.

Erfolgt die Abrechnung gegenüber dem vorgelagerten Netzbetreiber unter Berücksichtigung einer sog. „Reservenetzkapazität“ hat dies nicht zur Folge, dass die maximale Bezugsleistung um diesen Betrag reduziert wird und damit die Vermeidungsleistung erhöht wird.

² Die Beschlusskammer geht nach § 32 Abs. 1 Nr. 7 StromNEV davon aus, dass der Netzbetreiber Reservenetzkapazität anbieten und in Anspruch nehmen darf. Aus Sicht des nachgelagerten Netzbetreibers stellen Kosten für die in Anspruch genommene Reservenetzkapazität vorgelagerte Netzkosten dar.

Die maximale Bezugslast aus der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene entspricht dem tatsächlichen physikalischen Lastfluss dieser Ebene und wird unverändert für die Differenzbildung herangezogen.

14. Entgeltbildung

Durch das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende vom 29.08.2016 wurde u.a. auch die StromNEV geändert (Artikel 4). Gemäß § 17 Abs. 7 StromNEV ist ab dem 01.01.2017 ein gemeinsames Entgelt für Messstellenbetrieb und Messung zu bilden. Dabei sind getrennte Entgelte auszuweisen für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme einerseits und die bisherigen Zähler andererseits. Ein gesondertes Abrechnungsentgelt darf ab dem 01.01.2017 nicht mehr ausgewiesen werden.

[Stand 15.09.2016]